

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Ktn. 30 Pf. Druckpreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingelände 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 282

Sonntag, 4. Dezember

1921

## Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

Niederlassungen:

Dresden Augustusstraße, Ständehaus Fernspr. 17968, 21904, 23773  
Leipzig Grimmische Steinweg  
Zwickau Hauptmarkt

### Zur Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Zur Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und der interalliierten Militärkontrollkommission schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“: Vor einigen Wochen sei der britische Botschafter in Paris von neuem mit den Londoner Ansichten über diese beiden Fragen bekannt gemacht worden. Es sei daher möglich, obgleich in London nichts davon bekannt sei, daß Lord Hardinge die Ansicht habe, diese Fragen, wenn sie von irgend-einer anderen Partei aufgeworfen würden, auf der Botschafterkonferenz zur Sprache zu bringen. Die britische Regierung hat sich bei der Annahme des Londoner Ultimatums durch Deutschland ganz offen und wiederholt zugunsten der Aufhebung der militärischen Sanktionen ausgesprochen.

### Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschloß sich gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe. § 1 des Gesetzes wurde wie folgt abgeändert: Zur Beschaffung von Mitteln in fremder Währung zur Erfüllung der dem Reich kraft des Friedensvertrages und der diesem folgenden Alle obliegenden Zahlungsverpflichtungen soll eine Anleihe aufgenommen werden. Ausgabe der Kreditvereinigung ist es, entweder die Anleihe selbst aufzunehmen, oder falls die Aufnahme von dritter Seite mit Zustimmung der Regierung erfolgt, die Erfüllung zu gewährleisten. Die Grundlage für die Gewährleistung sollen die Betriebsvermögen der Gewerbe, die Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft und die zur Vermietung dienenden Gebäude der Mitglieder der Vereinigung bilden. § 2 erhielt folgende Fassung: Mit der jeweiligen Zahlung der Amortisations- und Zinstaten der in § 1 bezeichneten Anleihe entfällt für die Vereinigung ein Forderungspruch gegen das Reich. Die Erfüllung geschieht in Berechnung von in Kraft ausgegebenen Schecks mit den finanziellen Ansprüchen des Reiches gegen die Mitglieder der Vereinigung. Ferner wurde folgende Entschlüsselung gefügt: Der Reparationsausschuß erwartet, daß der endgültige Gesetzentwurf betreffend die Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe vor der Zulassung an den Reichsrat dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen wird.

### Um die Deutschen Werke.

Die Kommissionsmitglieder der Arbeitslosenjury von Genuß beschäftigten gestern unter Führung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Wülfel die Krupp'sche Gießerei in Essen. Die Kommissionsmitglieder fanden Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die zur Erzeugung von Kriegsgeschützen vorhandenen Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Einrichtungen zerstört oder umgearbeitet worden sind. Die zerstörten Einrichtungen und Maschinen stellen im Gewicht 27 000 Tonnen dar, deren Wert, wenn sie heute wieder hergestellt werden sollten, 800 Mill. M. betragen würden.

### Die neuen Beamten- und Angestelltenforderungen.

Zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsrat ist eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen erzielt worden. Die drei großen Körperschaften werden der Regierung gemeinsam neue Forderungen in Berechnung der Höhe unterbreiten.

## Um das Moratorium.

Die Frage des Deutschland zu gewährenden Moratoriums beschäftigt die Öffentlichkeit in Frankreich und England erlöschendermaßen auf lebhafteste. Während man in London die Angelegenheit vom Standpunkte der Befürwortung betrachtet, sucht man in Paris alle denkbaren Gegenargumente heraus. Nicht zuletzt beschäftigen sich die französischen Kreise mit der Frage, ob ein solches Moratorium dem Pariser Friedensvertrag entspricht, wer es zu beantragen habe, und unter welchen Bedingungen es zu bewilligen sei.

Soweit der Pariser Friedensvertrag in Frage kommt, ist an dem Recht, ja an der Verpflichtung, Deutschland unter gewissen Umständen einen Zahlungsausschuß zu bewilligen, nicht zu zweifeln. Es bedarf dazu, wie Lautier dieser Tage im „Journal libre“ ausgeführt hat — wir gaben die diesbezüglichen Äußerungen dieses Politikers in unserer gestrigen Übersicht an dieser Stelle wieder — nicht einmal der Zustimmung im Rat der Entente-mächte. Selbst also, wenn Frankreich seine Zustimmung verweigern wollte, würde auf Wunsch der anderen Mächte einem entsprechenden Verlangen Deutschlands Rechnung getragen werden können. § 13, Anlage 2, Teil 7 des Vertrags stellt die Fälle fest, in denen eine Einmütigkeit in der Reparationskommission unumgänglich ist, und unter diesen Umständen wird auch der „wollige oder teilweise Ausschub der Zahlungen zwischen dem 1. Mai 1921 und 1926 einschließlich fällig werdenden Zahlungen über das Jahr 1930 hinaus“ genannt. Also nur bei einem derartigen langfristigen Zahlungsausschuß würde Stimmenmehrheit erforderlich sein, dagegen könnte ein kürzeres Moratorium von dem Zustandekommen einer großen Stimmenmehrheit abhängig gemacht werden.

Auch der englische Vertreter in der Reparationskommission Sir John Bradbury hat dem Mitarbeiter eines Pariser Blattes erklärt, daß an der Berechtigung der Kommission, gewisse Fristen allein durch Mehrheitsbeschluß zu gewähren, nicht gezweifelt werden könne. Nur eine ausgedehntere Frist müsse durch einstimmigen Beschluß bewilligt werden. Allerdings ist Bradbury der Ansicht, daß ein bloßer Mehrheitsbeschluß nicht nur für die Verbündeten, sondern auch für die ganze Welt schädlich wäre, und daß von englischer Seite alles getan werden müsse, um diese Möglichkeit zu vermeiden. So richtig dies auch scheinen mag, so wird man auf der anderen Seite doch nicht übersehen dürfen, daß Frankreich sich zu Zugeständnissen in dieser Sache nur unter sehr schweren Bedingungen verstehen wird, die unter Umständen den ganzen Plan zum Scheitern zu bringen vermöchten.

Einstimmig ist von deutscher Seite ein Antrag auf Gewährung eines Moratoriums wohl noch nicht ergangen. Andererseits haben englische Regierungsvertreter zu verstehen gegeben, daß die Initiative dazu von deutscher Seite ausgehen müßte, nachdem die deutsche Regierung offiziell zu erkennen gegeben habe, daß sie nur zahlen könne, wenn sie Kredit im Ausland fände. Falls sich die Hoffnung auf diesen Kredit nicht erfüllen werde, die deutsche Regierung einen Ausschub der Zahlungen zu erhalten versuchen. Wie es scheint, ist man in England aber auch dann, falls die Kredite unter gewissen Bedingungen bewilligt würden, bereit, und trotzdem ein Moratorium zu gewähren.

„Daily Mail“ zufolge verläutet, daß die Minister im Finanzausschuß des englischen Kabinetts einem Moratorium für die deutschen Schulden grundsätzlich zustimmen und zu der Ansicht gelangten, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredits und der deutschen Finanzen kein anderer Weg möglich sei. Man glaube, daß die französische Regierung dem britischen Vorschlag zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Interessen ge-

währleistet würden. „Daily Telegraph“ weist auf den verhältnismäßig Ton des vorerwähnten Leitartikels des „Temps“ hin. Auch „Morning Post“ stellt ein Abkühlen der französischen Erregung fest. Der Pariser Berichterstatter des Blattes sieht darin Anzeichen dafür, daß der britische Plan vielleicht bald eine günstigere Aufnahme in Frankreich finden werde, als man erwartet hatte. Sir Edward Maday-Edgar, Mitinhaber der Londoner Bankfirma Sterling & Co., erklärte Pressevertretern in einer Unterredung, die Meinung, daß die englische Regierung endlich das gesamte Problem der deutschen Reparationen neu erwäge, die die beste Kunde seit dem Waffenstillstande. Wenn Deutschland nicht eine große Zeitspanne gewährt würde, so würde es entweder im Januar oder Februar n. J. seine Zahlungen einstellen müssen. Das Ergebnis wäre ein Zusammenbruch der Banken und des Finanzsystems in ganz Mitteleuropa. Das britische Interesse fordere gebieterisch, daß man Deutschland zur Zahlungsbilanz und Steuereinnahme verhalte, daß die deutsche Kaufkraft wiederhergestellt werde. Das Wiesbadener Abkommen müsse sofort ratifiziert, und alle weiteren Reparationszahlungen müßten um wenigstens drei Jahre verschoben werden.

Zu dem Interview, das der „Intransigent“ mit Sir John Bradbury hatte, schreibt der „Morning Post“, die Diskussion scheint sich darum zu drehen, ob man Deutschland eine Anleihe oder ein Moratorium bewilligen solle. Die Ansichten auf eine langfristige Anleihe in genügender Höhe, um die Zahlung mehrerer Jahrzehnte zu sichern, sind nach dem „Morning Post“ nicht groß, da die City nur zwischen 30 und 40 Millionen Pfund Sterling auf kurze Frist anbiete und auch diese nur unter sehr schweren Bedingungen. Ein Moratorium ohne neue Sicherheit und Kompensationen werde in der Wiedergutmachungskommission kaum eine Mehrheit finden. Bei der Unmöglichkeit, die Frage aus eigenen Kräften zu lösen, dürfe sich die Wiedergutmachungskommission an die verbündeten Regierungen wenden. Diesen Augenblick, so führt das Blatt weiter aus, würde Lloyd George wohl wählen, um mit seinem Wiedergutmachungsplan entweder in London oder in Washington hervorzutreten. Die französische Regierung scheint aber nicht geneigt, ihm auf diesem Wege zu folgen. Sie habe selbst ein Finanzprogramm ausgearbeitet, das den durch den Sturz der Mark geschaffenen Schwierigkeiten Rechnung trage. Briand werde unmittelbar nach seiner Ankunft in La Hague — das ist inzwischen nach Meldungen der Agence Havas schon geschehen — mit Loucheur konferieren, und die übrigen verbündeten Regierungen würden sofort von diesem Plane in Kenntnis gesetzt werden.

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung mit Sir John Bradbury, der die dem „Intransigent“ gemachten Ausführungen bekräftigt. Das Blatt fügt hinzu, es glaube versichern zu können, daß Bradbury weniger als Mitglied der Wiedergutmachungskommission, dem als Vertreter der englischen Regierung offiziell seine Kollegen bei der Wiedergutmachungskommission über die Aufnahme befragt habe, die sie einem möglichen Wunsch Deutschlands auf ein Moratorium beizustimmen würde. Andererseits glaubt das Blatt, daß die französische Regierung ihre Entscheidung hierüber noch nicht festgelegt habe, sondern daß sie im Augenblick mit ihrem Vertreter in der Wiedergutmachungskommission darüber berate, ob es besser sei, bei einer Entscheidung in der Minderheit zu bleiben und alle Folgen auf sich zu nehmen, oder dazu zu helfen, daß die von Bradbury gewünschte Einmütigkeit herbeigeführt werde.

Vertinax endlich glaubt, mitteilen zu können, daß sich in Amerika niemand für die Reparationsfrage interessiere, weil man bei der Be-

(Fortsetzung Seite 2.)

### Zur Arbeitsmarktlage in Sachsen.

Von Regierungsrat Lütlich, Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

Seit Monaten lauten die Arbeitsmarktberichte günstig. Woche für Woche kann festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitslosen abnimmt, daß immer mehr Arbeitsplätze besetzt werden, daß in einzelnen Berufsgruppen bereits Mangel an Arbeitern, besonders Facharbeitern, eingetreten ist, daß die Gesuche um Genehmigung von Überstundenarbeit zunehmen und daß das Bestreben, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, ständig wächst. Gleichsam als Beginn einer besseren Zeit verkündet die Tagespresse, daß es in einigen sächsischen Gemeinden keine Arbeitslosen mehr gibt.

Zunächst erscheint die sprunghafte Besserung der Arbeitsmarktlage als der einzige Lichtblick in der sonst so trübseligen Zeit. Der nur zu begreifliche Frang, aus jeder auch nur scheinbaren Besserung unseres Wirtschaftslebens neue Hoffnung zu ziehen, läßt aber zu leicht den Blick gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen, läßt vielfach nur die Schattenseiten wahrnehmen. Wie auf der Jagd nach dem Glück beachtet mancher nicht den gähnenden Abgrund, der sich trotz Besserungsbildung des Arbeitsmarktes nach wie vor auftut.

Zunächst darf nicht übersehen werden, daß Anfang November in Sachsen immer noch 17 170 männliche und 10 321 weibliche, zusammen also 27 491 Arbeitsuchende, aber nur 7161 offene Stellen vorhanden waren. Es kommen demnach auf 100 Arbeitsuchende nur 26,4 offene Stellen oder auf 100 offene Stellen 383 (im Reich 330) Arbeitsuchende. Unter diesen Arbeitsuchenden befinden sich noch 9354, die länger als sechs Monate erwerbslos sind, hiervon allerdings 1954 Erwerbsbeschränkte. Mit diesen für die Beurteilung der Lage gewiß nicht unerheblichen Tatsachen konnte man sich unter Umständen dann abfinden, wenn die Gewissheit vorhanden wäre, daß die Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes im gleichen Tempo anhielte und auf einer natürlichen, wirtschaftlich gesunden Grundlage beruhte. Aber schon macht sich eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Zunächst freilich in der Hauptsache nur in der Landwirtschaft und in den von Witterungsverhältnissen abhängigen Gewerben. Bis Ende Oktober waren in Sachsen in die sächsische Landwirtschaft 5489 gelehrte und angelehrte Landarbeiter und 1283 Industriearbeiter und in die außersächsische Landwirtschaft 1492 gelehrte und angelehrte Landarbeiter und 4100 Industriearbeiter vermittelt worden. Ein großer Teil von ihnen kehrt jetzt zurück und erhöht zunächst die Zahl der Arbeitslosen. Es sind Vorkehrungen getroffen, um aus diesen Reihen der sächsischen Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zu sichern, vorausgesetzt, daß es gelingt, die sächsischen Landwirte für Einrichtungen, wie sie in der außersächsischen Landwirtschaft bestehen, insbesondere für Präsozialmaßnahmen zu interessieren. Es ist doch eine äußerst aufwändige Entscheidung, daß ein Teil der soeben aus Ostpreußen zurückgeführten sächsischen Arbeitskräfte schon jetzt wieder den Wunsch geäußert hat, in ihre ostpreussischen Arbeitsstellen zurückzukehren. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, vor allem aber im Interesse der sächsischen Landwirtschaft, die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen.

Bedenklicher sind die Anzeichen über ein Abflauen des Geschäftsganges in einzelnen Industrie- und Gewerbebezirken — im September waren in Sachsen 25 Betriebsstilllegungen zu verzeichnen, wovon 6826 Arbeiter und 969 Angehörige betroffen sind —, ebenso wie über eine teilweise verminderte Kaufkraftfähigkeit von Arbeitskräften. Ein bestimmter Urteil ist aber in dieser Beziehung noch nicht möglich.